

Christian Halbrock

Evangelische Pfarrer der Kirche Berlin-Brandenburg 1945–1961

Amtsautonomie im vormundschaftlichen Staat?



Lukas Verlag

Evangelische Pfarrer der Kirche Berlin-Brandenburg 1945–1961

Christian Halbrock

Evangelische Pfarrer der Kirche Berlin-Brandenburg 1945–1961

Amtsautonomie im vormundschaftlichen Staat?

Lukas Verlag

Abbildungen auf dem Umschlag:
vorn: © Bildstelle des Evangelischen Jungmännerwerks
hinten: Graffito am Pfarrhaus Siersleben (1961), Photo: Carl Beleites

Die vorliegende Arbeit wurde 2003 als Dissertation am Lehrstuhl für vergleichende Sozialgeschichte Europas an der Humboldt-Universität zu Berlin eingereicht. Ein besonderer Dank gilt daher Prof. Dr. Dr. h.c. Hartmut Kaelble, der als Betreuer und Doktorvater maßgeblichen Anteil am Zustandekommen der Arbeit hat. Dasselbe gilt für Prof. Dr. Horst Dähn, der mit Rat und Tat jederzeit helfend zur Seite stand und dem ich eine Reihe von Anregungen verdanke. Zu danken ist ferner all den Pfarrern, die als Zeitzeugen und Interviewpartner Auskunft gaben, sowie Frau Juliane Adler, Herrn Gerson Reichelt und Herrn Sebastian Panwitz, die die Arbeit Korrektur lasen.

**Autor und Verlag bedanken sich für die freundliche Unterstützung
durch die Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf.**

© by Lukas Verlag
Erstausgabe, 1. Auflage 2004
Alle Rechte vorbehalten

Lukas Verlag für Kunst- und Geistesgeschichte
Kollwitzstraße 57
D-10405 Berlin
<http://www.lukasverlag.com>

Lektorat und Satz: Katharina Dickhaus, Berlin
Umschlag: Verlag
Druck und Bindung: Hubert & Co., Göttingen

Printed in Germany
ISBN 3-936872-18-X

Inhalt

Einleitung und Fragestellung	9
Fragestellung	9
Pfarrer und sozialistische Gesellschaft? Relevanz der Fragestellung	11
Erkenntnisinteresse: Berufsständische Autonomie	23
Methodik und Grundlagen der Untersuchung	27
Themenzugang und Schwerpunkt der Untersuchung	28
Räumlicher Bezug und Erhebungsdichte	41
Untersuchungszeitraum	49
Forschungsstand	50
Periodisierung: Phasen der Kirchenpolitik in der SBZ/DDR bis 1961	59
Grundlagen des Berufsstandes, Zusammenhalt und Integration	62
Bestimmung des Pfarrerstandes: Innere Differenzierung	62
Nicht-Volltheologen im Pfarramt	65
Arbeiterpriestertum als eine Antwort auf die Herausforderungen nach 1945?	70
Pfarrermangel? Vikare ohne Vikariat und Frauen als Pfarrvikarinnen im Pfarramt	74
Die Provinzialpfarrer und die kirchlichen Sonderaufgaben	84
Pfarrer: Beruf, Titulatur und Statusbeschreibung	95
Zusammenhalt, Disziplinierung und Interessenwahrung	106
Zusammenfassung	115
Mechanismen der berufsständischen Kontinuitätswahrung und Einflußsicherung	116
Pfarrer in nicht-pfarramtlichen Tätigkeitsfeldern: Die Reichweite berufsständischer Bindungen	116
Pfarrer als Hochschuldozenten und Ordinarien	123
Theorievermittlung und pfarramtliche Praxis	134
Die dienstältesten Pfarrer und die Pfarrer i.R.: Funktion und Bedeutung im System berufsständischer Kontinuitätssicherung und Interessenwahrung	140
Zusammenfassung	148

Reorganisation vor dem Hintergrund der sich etablierenden kommunistischen Einparteienherrschaft	149
Die Entnazifizierung im Spannungsfeld divergierender kirchlicher und staatlicher Interessen	149
Die Erfahrungen der Bekennenden Kirche: Orientierung und Handlungsanleitung für die Pfarrer nach 1945?	170
Die Konventsmitglieder der Bekennenden Kirche und die Rezeption der BK-Tradition in ihrer integrativ-disziplinierenden Funktion	180
Mechanismen, Optionen und Tragweite berufsständischer Ausdifferenzierung innerhalb der Konvents- und »Dienstgemeinschaft«	184
Generationen?	184
»Fortschrittliche«, »noch abwartende« und »reaktionäre« Pfarrer?	188
Jung versus alt? Der Pfarrberuf als Dienst- und Lebenszeit	217
Zusammenfassung	225
 Staatsaufsicht und Patronat	227
Staatsaufsicht: Konstituierung, Ausformung und Inanspruchnahme vor 1945	229
Ausformung der landesherrlichen Kirchenhoheit	231
Die Zeit vor 1850: Relativierung und Konkretisierung der landesherrlichen Kirchenhoheit	234
Die Zeit nach 1850: Ausdifferenzierung der Interessen im Verhältnis von Kirche/Pfarrerschaft und Staat	235
1918/19: Veränderungen und Kontinuität	240
Die Zäsur von 1918/19 in ihren langfristigen Auswirkungen auf die Entwicklung nach 1945	242
Das Ende des persönlichen bzw. echten Patronats	242
Das staatliche/fiskalische bzw. unechte Patronat als Mittel der Staatsaufsicht	245
Das Staatskirchenrecht zwischen nationaler Ausprägung und forcierter Sowjetisierung	255
Patronat und Pfarrstellenfinanzierung im Vergleich	259
Ost-Berlin als Sonderfall: Hauptstadtfunktion und Zuzugsreglementierung	265
Zusammenfassung	269
 Pfarrstellenbesetzung und Staatsangehörigkeit	271
Die Staatsaufsicht über die Pfarrstellenbesetzung im Vergleich	271
Vertragsrechtliche Grundlagen der polnischen Kirchenpolitik vor 1950	271
Der Entwicklungsrückstand der DDR-Kirchenpolitik im ostmittel-europäischen Vergleich	273
Das Bestreben polnischer und brandenburgischer Behörden zur Entfernung von leitenden Geistlichen aus ihren Ämtern	277

Die Fälle Bochow, Wachholz und Ringhandt als Beispiele des verfahrens- ungebundenen Vorgehens des SED-Staates	281
Grundmuster der Staatsaufsicht und der Pfarrstellenbesetzung im Vergleich	285
Die Staatsangehörigkeitsfrage: Rechtfertigung für eine indirekte Staatsaufsicht über die Pfarrämter in der DDR?	294
Die Verteidigung der kirchlichen Personalhoheit	297
Pfarrer als Staatsbürger: Die Praxis der Einbestellungen und Vorladungen	298
Restriktionen und Behinderungen	308
Die Staatsangehörigkeit als ein vom SED-Staat eingefordertes	
Zugangskriterium zum Pfarramt	316
Das Staatsbürgerschaftsverständnis der SED und die Theologiestudenten	317
Die Übersiedlung von Pfarrern aus dem Westen Deutschlands in das Kirchengebiet Berlin-Brandenburg und die DDR-Staatsbürgerschaft: Transfer und Ausweisungen	322
Zusammenfassung	328
Grenzen der berufsständischen Autonomie nach 1945	330
Berufliche Einbindung und bestehende Konfliktfelder	330
Grundmuster der Beziehungen Partei/Staat und Pfarrerschaft	333
Die ›Transfer-Frage‹: Bewertung der ostmitteleuropäische Vorbilder der Kirchenpolitik	346
Konflikte und Strategien auf Landes- bzw. Bezirksebene und die Ost-Berliner Vorgaben	354
Die Kirchenpolitik der Potsdamer Landesregierung	354
Grundstrukturen und Verbreitung des Handlungsmodells ›Konfrontation‹	368
Ungesetzliche Übergriffe und Verletzungen der kirchlichen Immunitätsrechte	382
Konfliktfelder und Muster des Konfliktverlaufs	395
Der Konflikt um den ›Kanzelmißbrauch‹ nach 1945 als Beispiel für das Verhältnis von SED-Staat und Pfarrerschaft	395
Konfliktfall ›Kanzelmißbrauch‹: Dienstbehinderung und Sanktionierung	406
Hirtenbriefe und Kanzelabkündigungen	421
Politische Implikationen	423
Handlungsoptionen und Abstimmungsprozesse der Pfarrerschaft	436
Die staatskirchenrechtliche Bedingtheit des pfarramtlich-seelsorgerischen Handelns im volksdemokratischen System	444

Zusammenfassung und Ausblick	450
Resümee: Standortbestimmung und Selbstverständnis der Pfarrer in ihrem Verhältnis zum sozialistischen Staat	450
Thesen zur Interdependenz von Staatsaufsicht und berufsständischer Autonomie	457
Schlußbetrachtung	462

Anhang

Angaben zur Entwicklung in der SBZ/DDR	469
<i>Quellenverzeichnis</i>	469
Archivalien	469
Gedruckte Quellen	473
Zeitungen, Amtsblätter und Gesetzesblätter	475
Namentlich gekennzeichnete Artikel und Kommentare der Periodika- auswertung	476
Zeitzeugeninterviews, Fragebogenantworten und Kirchliche Amtskalender	477
<i>Literaturverzeichnis</i>	478
Allgemeine Übersichtswerke	478
Literatur zum Berufsstand der Pfarrer und dessen sozialer Zuordnung	479
Arbeiten zu einzelnen Problemen Ostdeutschlands, die sich nicht unmittelbar der kirchengeschichtlichen Entwicklung zuordnen lassen	482
Angaben zur kirchengeschichtlichen und kirchenpolitischen Entwicklung Ostdeutschlands	484
Angaben zur Entwicklung in Polen und in anderen Ostblockstaaten	490
<i>Quellenverzeichnis</i>	490
<i>Literatur</i>	491
<i>Tabellenverzeichnis</i>	496
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	497
Register	500

Einleitung und Fragestellung

Fragestellung

Systemende und wissenschaftlicher Aufschwung stehen bisweilen in unmittelbarer Korrespondenz zueinander: Auf das sich für viele überraschend vollziehende Ende der DDR folgte deren wissenschaftliche Aufarbeitung in einem bis dahin kaum bekannten Ausmaß.¹ Immer neue Desiderate wurden seitdem ausgemacht und zum Teil in vergleichsweise kurzer Zeit thematisch besetzt. Nachdem bereits die Professoren und Studenten, die Neulehrer, Ärzte, Juristen und auch die Veterinärmediziner die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen vermochten, sind hier nun die Pfarrer zum Gegenstand der Untersuchung erhoben worden.²

-
- 1 Die Entwicklung unterschied sich in diesem Punkt eindeutig von der Forschung zum NS-Staat. Diese benötigte wesentlich länger, um ein entsprechendes Ausmaß zu erreichen. K. Hildebrand, Das Dritte Reich (= Oldenbourg Grundriß der Geschichte; Bd. 17), 3. Aufl., München 1987, S. 222–233.
 - 2 Vom Ansatz her vorrangig strukturgeschichtlich angelegt sind die Arbeiten von R. Jessen, Akademische Eliten und kommunistische Diktatur: Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; Bd. 135), Göttingen 1999; ders., Professoren im Sozialismus. Aspekte des Strukturwandels der Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, in: H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 217–253. Und: A. S. Ernst, »Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus«. Ärzte und medizinische Hochschullehrer in der SBZ/DDR 1945–1961 (= Internationale Hochschulschriften; Bd. 210), München/Berlin 1997 sowie die Arbeiten von R.-K. Rössler, Aspekte der Personalentwicklung und der Personalpolitik in der Justiz der Sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR, und R. Jessen, Zwischen Bildungspathos und Spezialistentum. Werthaltungen und Identitätskonstruktionen der Hochschullehrerschaft in West- und Ostdeutschland nach 1945, in: P. Hübner (Hg.), Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR (= Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der DDR-Geschichte, Bd. 4), Köln 1994, S. 131–145 bzw. 361–380. – In der Verbindung von politischer und beruflicher Entwicklung erschienen die Analysen von B. Hohlfeld, Die Neulehrer in der SBZ/DDR 1945–1953. Ihre Rolle bei der Umgestaltung von Gesellschaft und Staat, Weinheim 1992, und von Karl Wilhelm Fricke, Der Rechtsanwalt als »Justizkader«. Zur Rolle des Verteidigers im politischen Strafverfahren der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 38/95, 15.10.1995, S. 9–16. Sowie: T. Lorenz, Die Rechtsanwaltschaft in der DDR, Berlin 1998. Demselben Ansatz folgt Dieter Pohl in seiner Arbeit, die sich auf den gesamten Justizapparat (Richter, »Volksrichter«, Staatsanwälte und Staatsfunktionäre) Brandenburgs in der Zeit von 1945–1955 bezieht: D. Pohl, Justiz in Brandenburg 1945–1955. Gleichschaltung und Anpassung (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 50), München 2001. – Rein widerstands- bzw. repressionsbezogen angelegt sind hingegen die Arbeiten von C. Jordan, Kaderschmiede Humboldt-Universität zu Berlin. Aufbegehren, Säuberungen und Militarisierung 1945–1989 (= Forschungen zur DDR-Gesellschaft), Berlin 2001, sowie I. S. Kowalcuk, Die Niederschlagung der Opposition an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin in der Krise 1956/57. Dokumentation einer Pressekonferenz des Ministeriums für Staatssicherheit im Mai 1957 (Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd. 6), Berlin 1997. Auf Veröffentlichungen, die sich dem Thema »Pfarrer in der DDR« zuwenden, wird im Forschungsstand detailliert eingegangen.

Jedoch wird diese Arbeit nicht nur als rein berufsgeschichtliche Analyse zu verstehen sein: Bei den Pfarrern der DDR handelt es sich nicht, wie es noch bei den Pfarrern der Bürgertumsforschung zum 19. Jahrhundert seinerzeit der Fall war, um eine aufgrund ihrer Randlage oder Spezifik verbliebene Forschungslücke bürgerlicher Provenienz.³ Auch kann hier nicht die in der DDR-Forschung der frühen neunziger Jahre bemühte Frage nach der widerstandsbezogenen oder systemloyalen Verortung einzelner Akteure als ausreichend angesehen werden: Konzentrierte sich doch der zumeist exemplarisch gehandhabte Zugang – sofern er die Pfarrerschaft erfaßte – vorrangig auf das Handeln von einzelnen Pfarrern in der DDR. Zwar wurden in der Folge das Geschehen um die Selbstverbrennung des Rippichaer Pfarrers Brüsewitz 1976 oder das gespannte Verhältnis des 1983 in die Bundesrepublik ausgereisten Pfarrers von Neuenhagen, Dietmar Linke, zu seiner Kirchenleitung – letzteres aus dessen persönlicher Sicht – erfaßt und publizistisch ausgewertet.⁴ Verallgemeinernde Aussagen zu den Charakteristika des Berufsstandes, also zur Pfarrerschaft insgesamt, ließen sich hieraus jedoch kaum ableiten.

In den Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses ist hier vielmehr die berufsständische Autonomie⁵ der evangelischen Pfarrerschaft zu stellen. Als Beispiel soll hier die Entwicklung im Kirchengebiet Berlin-Brandenburg, dem aufgrund seiner Größe, der Bedeutung seiner kirchenleitenden Persönlichkeiten in den innenpolitischen

-
- 3 Vgl. zur Bürgertumsforschung: O. Janz, Bürger besonderer Art. Evangelische Pfarrer in Preußen 1850–1914 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 87), Berlin/New York 1994. Weiterhin zum Thema: C. R. Homrichhausen, Evangelische Pfarrer in Deutschland, in: W. Conze/J. Kocka (Hg.), Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil 1 (= Bildungssystem und Professionalisierung im internationalen Vergleich), Stuttgart 1985, S. 248–278.
- 4 H. Schulze (Hg.), Das Signal von Zeitz. Reaktionen der Kirche, des Staates und der Medien auf die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz 1976. Eine Dokumentation, Leipzig 1993; H. Müller-Enbergs/W. Stock/H. Schmoll, Das Fanal. Das Opfer des Pfarrers Brüsewitz und die evangelische Kirche, Berlin/Frankfurt am Main 1993; K. Krampitz, Republikflucht in den Tod. Vor 25 Jahren verbrannte sich in Zeitz der Pfarrer Oskar Brüsewitz, in: Berliner Zeitung, Nr. 192, 18./19.8.2001, S. 9f.; H. Schultze, Der brennende Protest. Mit seinem Flammentod wollte Oskar Brüsewitz ein Zeichen setzen, in: Glaube und Heimat. Evangelisches Sonntagsblatt für Thüringen, hg. vom Landeskirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Thüringen, zukünftig zit.: GH, Nr. 33, 18.8.1996, S. 7; H. Schultze, Ein Zeichen, das etwas verändert hat, in: GH, Nr. 33, 19.8.2001, S. 3; »Eine verzweifelte Tat, die die DDR veränderte«. Zum Gedenken an die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz vor 25 Jahren, in: Mecklenburgische Kirchenzeitung, hg. vom Oberkirchenrat zu Schwerin/Mecklenburg, in Verbindung mit der mecklenburgischen Inneren Mission, Schwerin, zukünftig zit.: MKZ, Nr. 33, 19.8.2001, S. 4; D. Linke, Niemand kann zwei Herren dienen. Als Pfarrer in der DDR, Hamburg 1988; ders., Streicheln bis der Maulkorb fertig ist. Die DDR-Kirche zwischen Kanzel und Konspiration, Berlin 1993. Zu Pfr. Linke, jedoch ohne Belege für seine Aussage, die Dissertation von E. Neubert, Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989 (= Forschungen zur DDR-Gesellschaft; zugl. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 346), Bonn 1997, S. 497.
- 5 Die Begriffsergänzung ‚berufsständisch‘ wird im folgenden nicht im frühneuzeitlich-ständischen Sinne verwandt. Bezeichnet werden soll hier vielmehr eine sozial- und berufsgeschichtliche Kategorie, die auf den Zusammenhalt der Mitglieder einer Berufsgruppe rekuriert. Gemeint ist somit ein beruflicher Zusammenschluß, der aufgrund seines kooperativ-bindenden Zusammenwirkens, seiner berufsspezifischen Abgeschlossenheit und den hier wirksamen Faktoren wie Gruppendisziplin, Amtsethos usw. eine weitgehende Geschlossenheit erlangt hat.

Auseinandersetzungen der SBZ/DDR und bedingt durch seine exponierte Lage (Berlin) unter den ostdeutschen Kirchen eine besondere Rolle zukam, dienen. Konkret wird dabei nach den Ressourcen, dem Zusammenhalt und den Abwehrstrategien der Pfarrerschaft gefragt werden. Erst die in dieser Arbeit zu thematisierenden Grundlagen und Mechanismen der berufsständischen Konstitution versetzten die Pfarrer – so die These – in die Lage, sich den Anfeindungen und Anmaßungen des SED-Staates⁶ zu widersetzen: Welche Integrations- und Abwehrbestrebungen formten aus den im Pfarramt tätigen Geistlichen einen in sich weitgehend geschlossenen Berufsstand? Welches Selbstverständnis, welche Berufs-, Dienst- und Lebensentwürfe, welche Rechtfertigungen für das eigene Handeln erwiesen sich hierbei als konstitutiv? Ließ sich ein gemeinschaftlich-verbindlicher Meinungsbildungsprozeß innerhalb der Pfarrerschaft nachweisen und welche Mechanismen lagen diesem zugrunde? Und: Welche Formen der berufsgruppeninternen Disziplinierung standen den Pfarrern – neben der parallel wirksamen konsistorialen Dienstaufsicht – zur Verfügung, um die Einheit des Berufsstandes unter den besonderen Bedingungen der SED-Herrschaft zu wahren? Weiterhin ist zu fragen, in welchem Maße es den Pfarrern gelang, trotz der Restriktionen und Behinderungen, die der SED-Staat verfügte, ihren beruflichen Anforderungen gerecht zu werden?

Die hier entworfene Fragestellung zielt zugleich auf ein zentrales Segment der ostdeutschen Gesellschaft: Gefragt werden muß im folgenden nicht nur nach dem inneren Gefüge einer durch Ansehen und Einfluß hervorgehobenen Berufsgruppe und nach deren berufsständischer Autonomie. Aufgrund der sozialen Funktionen und der gesellschaftlichen Kompetenz der Amtsinhaber rückt darüber hinaus ein entscheidender Faktor des gesellschaftlichen Formierungsprozesses und der öffentlichen Meinungsfindung in das Blickfeld der Analyse. Wie läßt sich ein solcher Zusammenhang begründen? Wie verhielten sich dabei berufsständische Entwicklung und gesellschaftliche Mandatsschaft zueinander?

Und: Warum kommt einer Beschäftigung mit den Pfarrern der DDR – letztendlich auch für das Verständnis der ostdeutschen Gesellschaft – überhaupt diese Bedeutung zu?

Pfarrer und sozialistische Gesellschaft? Relevanz der Fragestellung

Die hier vollzogene Zuordnung scheint zunächst, geht man von der Rolle aus, die Pfarrer in einer Gesellschaft im allgemeinen zu spielen vermögen (z.B. in Westdeutschland oder in Frankreich), nicht unbedingt selbstverständlich.⁷ Hinzu

6 Vereinfachend wird im folgenden, zugunsten der Lesbarkeit des Textes, vom SED-Staat gesprochen. Dies geschieht im Bewußtsein der institutionellen Aufgliederung von Staat und Einheitspartei, die trotz allem als eigene Rechtssubjekte begrifflich benannt und unterschieden werden können. Tatsächlich handelte es sich bei der DDR jedoch auch um einen von der einheitssozialistischen Partei usurpierten Staat, dessen institutionelle Souveränität zu einem Werkzeug in der Hand der SED degradiert worden war.

7 Aufschluß über die Verhältnisse in Westdeutschland vermitteln der Aufsatz von E. Winkler, Evangelische Pfarrer und Pfarrerinnen in der Bundesrepublik Deutschland (1949–1989), in: L.

kommt die ambivalente öffentliche Inanspruchnahme und Würdigung der Pfarrer in der DDR selbst: Von vielen staatlichen Funktionären wurde der Pfarrer hier einer offiziell kaum existenten Unperson gleichgesetzt. Demgegenüber fiel dem Pfarrer in nicht wenigen außerkirchlichen Belangen eine Bedeutung zu, die weit über das ursprünglich auf die Kirchengemeindearbeit bezogene Tätigkeitsfeld hinausreichte.⁸ Dies wurde vom Staat in einer Reihe von Fällen zwar billigend in Kauf genommen – mitunter sogar angestrebt –, doch ließ sich in diesem Zusammenhang der Eindruck nicht vermeiden, daß diese Rollenzuweisung die SED-Vertreter offensichtlich peinlich berührte. In der Konsequenz avancierten die Pfarrer so de facto zum oft beanspruchten inoffiziellen Vermittlungs- und Ansprechpartner in der nicht konfliktfreien Relation Individuum – Staat.⁹ Von nichtstaatlicher Seite aus sah man in den Pfarrern zudem vielerorts ein Symbol einer noch geduldeten, aber tatsächlich unerwünschten Abweichung und Andersartigkeit im vormundschaftlichen Staat.¹⁰

Schorn-Schütte/W. Sparn (Hg.), Evangelische Pfarrer: zur sozialen und politischen Rolle einer bürgerlichen Gruppe in der deutschen Gesellschaft des 18. bis 20. Jahrhunderts, Berlin/Köln 1997, S. 199–211 sowie die Arbeit von K. W. Dahm, Beruf: Pfarrer. Empirische Aspekte, München 1971, hier »zur gegenwärtigen Situation des Pfarrerberufes«: S. 97–202. Zur Rolle der Priester in Frankreich: J. Duquesne, Die Priester. Struktur, Krise und Erneuerung, Wien/München 1965, hier vor allem der Abschnitt »Fragen und Probleme um den Priester«, S. 31–60.

- 8 Bedeutung erhielt das pfarramtliche Engagement vor allem in politischen Streiffällen. Zum Beispiel erschien im Oktober 1954 der Pfarrer aus Bayern als Abgesandter des Dorfes beim Rat des Kreises Herzberg, um – allerdings erfolglos – gegen die Inhaftierung des dortigen Oberschullehrers zu protestieren, in: Auszug aus dem Rapport des Staatssekretariats für Kirchenfragen Nr. 275, vom 3.10. bis 4.10.1954, SAPMO-BArch, DO 4/337, Bl. 4. Hingegen konnte das Wirken der Pfarrer *„hinter den Kulissen“* in einer Reihe von Fällen als äußerst effektiv charakterisiert werden. Hierzu u.a.: Zeitzeugeninterview mit Sup. i.R. Klaus Görig, Berlin, den 14.4.1999, S. 3. Als Gegenbeispiel einer – allerdings negativen und behördlich verordneten – Ausweitung des pfarramtlichen Aufgabenfeldes, unter Mißachtung der bisherigen Sonderstellung des Pfarrers, sei hier u.a. die Mobilisierung auch der kirchlichen Angestellten zur Erntehilfe – und in diesem Zusammenhang die Heranziehung von Pfarrern bei den nächtlichen Dorfwachen zum Schutz der Ernte – angeführt. Hierzu u.a.: Zeitzeugeninterview mit Pfr. i.R. Helmut Hildebrandt, Woltersdorf, den 23.2.1999, S. 9.
- 9 Hierzu sei u.a. der Bericht von Pfr. Stein (Eichwege, Kirchenkreis Spremberg) angeführt. Stein berichtete in diesem über die Geschehnisse während des Besuchs des 1. Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, im Dorf Eichwege bei Forst: Der Pfarrer ging demnach im Auftrag der Bauern »zum Bürgermeister und bat [...] um die Möglichkeit zu einem Gespräch mit dem Staatsratsvorsitzenden.« Ziel dieser Unterredung sollte es sein, »von den rüden Methoden [zu] berichten, die von den Arbeitern aus Forst gegenüber den Bauern angewandt worden waren während ihres Werbefeldzuges.« Das gewünschte Gespräch kam nicht zustande: »Aber der Stellvertretende Vorsitzende des Rates des Bezirksses suchte den Pfarrer »am Vormittag des Besuches« auf und nahm die »Wünsche« entgegen. Nach: Schriftliche Antwort im Rahmen der Fragebogenerhebung zur gesellschaftlichen Rolle der evangelischen Pfarrer, Antwort von Pfarrer Joachim Stein, Berlin, den 11.7.1997, S. 3.
- 10 Begriff in Anlehnung an R. Henrich, Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus, Reinbek 1989. Begrifflich umschrieben wird mit Hilfe dieses Terminus ein Staat, dem das Bestreben zugrundeliegt, in alle gesellschaftlichen Bereiche hinein *vormundschaftlich* zu regieren und sie einer seinen Vorstellungen entsprechenden Entwicklung zu unterwerfen. Das betreffende Buch wurde vor dem Ende der DDR in Westdeutschland verlegt. Als Kritik an der *vormundschaftlichen* Herrschaftspraxis des SED-Staates konzipiert, stufte es den Staatssozialismus sowjetischen Typs als Ergebnis eines von der »asiatischen Produktionsweise« ausgehenden Entwicklungspfades ein.

Die in den Pfarrhäusern verstärkt ab Mitte der fünfziger Jahre etablierten offenen Gesprächskreise, die Vortragsreihen des kirchlichen Kunstdienstes¹¹ und die hier weiterbestehenden Möglichkeiten, sich weitgehend frei äußern zu können, ließen die Kirche als letzten Ort einer im eigenen Land exilierten und im Denken zu konservierenden zivilgesellschaftlichen Praxis erscheinen.¹² Hinzu kam die Bewertung des Verhaltens der Pfarrer durch die Öffentlichkeit und durch die SED selbst. Das pfarramtliche Handeln, vor allem der pastorale Besuchsdienst und die Wortverkündigung, wurden zunehmend – und insbesondere in gesellschaftlichen Spannungssituationen – nicht mehr nur als rein innerkirchlicher Vorgang begriffen. Vieles erfuhr, eben weil die Äußerung oder Handlung vom Pfarrer ausging, eine andere Bewertung als dies unter ›normalen‹ Arbeitsbedingungen der Fall gewesen wäre. So konnte eine Meinungsbekundung, ein öffentlicher Auftritt oder selbst eine unbedachte Predigtäußerung in der Öffentlichkeit als Ausdruck einer oppositionellen Einstellung aufgefaßt werden, ohne daß erwiesen sein mußte, daß dem pfarramtlichen Handeln eine entsprechende Absicht zugrundelag. Festzustellen ist jedoch auch, daß sich viele Pfarrer durchaus dieser Situation bewußt waren: Sie verstanden diesen Umstand – unter Ausnutzung der hohen Sensibilität der SED gegenüber kritischen Äußerungen in der Öffentlichkeit und einer übersteigerten Angst der in der DDR Herrschenden vor einem möglichen Unruhepotential – für die kirchlicherseits vertretenen Anliegen zu nutzen. Durch eine Strategie der gezielten Nadelstiche versuchten sie in Konfliktsituationen, dem Unmut der kirchlich gebundenen Bevölkerung Gehör zu verschaffen und die kirchliche Position im Vorfeld von Verhandlungen mit den staatlichen Vertretern zu verbessern. Umgekehrt konnte jedoch auch festgestellt werden, daß ein diesem Muster entgegengesetztes Verhalten einzelner Pfarrer eine konträre Interpretation erfuhr. Die wenigen Amtsträger, die

11 Z.B.: »In Mirow Krs. Neustrelitz fand am 14.3.1953 im Pfarrhaus eine unangemeldete Veranstaltung unter der Bezeichnung ›Gemeindeabend‹ statt. Verantwortlich war [der] [...] Kunstdienst der evangelischen Kirche«. Zit. nach: Schreiben der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei, an das Staatssekretariat für innere Angelegenheiten, vom 30. 3. 1953, SAPMO-BArch, DO 4/1963, o. Pag.

12 Die Verwendung des Begriffes Zivilgesellschaft erfolgt hier in Anlehnung an die Arbeiten von Zdenka Mansfeldová und Maté Szabó. Beide vertreten die Auffassung, daß sich zivilgesellschaftliches Denken und zum Teil auch Handeln bereits vor dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme herauszubilden vermochte. Der Prozeß einer zivilgesellschaftlichen Formierung ließ sich zudem in Ansätzen vor der Etablierung der kommunistischen Herrschaft nachweisen. In der bzw. den Phase(n) der zwischenzeitlichen Liberalisierung, die in den einzelnen sozialistischen Staaten auszumachen war(en), traten erneut die Muster zivilgesellschaftlichen Denkens, wenn auch nur in Ansätzen, hervor. Auf diesen frühen Formen gründete die Herausbildung von Zivilgesellschaft 1989/90. Die Pfarrhäuser der DDR wären – in Übereinstimmung hierzu – als Memory-Folie zu begreifen, auf die zivilgesellschaftliches Know-how in den Zeiten der Diktatur heruntergeladen wurde. Von hier aus konnte dieses im Umbruchsprozeß von 1989/90 erfolgreich aktiviert werden. Z. Mansfeldová, Zivilgesellschaft in der Tschechischen und Slowakischen Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, B 6–7/30.1.1998, S. 13–19, sowie M. Szabó, Die Zivilgesellschaft in Ungarn vor und nach der Wende, in: ebd., S. 21–28. Zur in den Pfarrhäusern gepflegten Gesprächskultur u.a.: M. Bock, SED-Herrschaft und Kirche in Strausberg. Dokumente des antireligiösen Alltagsgeschäfts einer SED-Kreisleitung (= Strausberger Studien zur Geschichte, 5), Strausberg 1997, S. 46f.

zur Minderheit derjenigen Pfarrer zählten, die sich in der CDU, der Nationalen Front oder der SED engagierten, sahen sich demgegenüber bald einer weitgehenden Entfremdung zu ihrer kirchgemeindlichen Basis ausgesetzt. Einige von ihnen gaben – als Konsequenz der ihnen entgegengebrachten Ablehnung – ihre politische Betätigung nach kurzer Zeit wieder auf oder zogen sich resigniert aus der Gemeindearbeit zurück und versuchten im Kreis der sogenannten fortschrittlichen Pfarrer durch eine theologisch-publizistische Betätigung, die ihnen von der SED oft erst ermöglicht wurde, die ihnen andernorts versagte Anerkennung zu erlangen.¹³ Ihr berufliches Scheitern im Bereich der Kirchgemeindearbeit legte nicht zuletzt die an einen Pfarrer in der DDR herangetragenen unterschiedlichen Erwartungen von Bevölkerung und SED-Staat sowie deren Unvereinbarkeit offen. Nicht nur seitens der kirchlich gebundenen Bevölkerung meinte man bei den Pfarrern das Vorhandensein eines impliziten Widerspruchs zu den politisch-gesellschaftlichen Verhältnissen oder zumindest eine gewisse Skepsis gegenüber dem DDR-System voraussetzen zu können. Zu den Bedingungen seelsorgerischen Handelns in der DDR befragt, führte so zum Beispiel Propst Hans-Otto Furian, ab 1959 Pfarrer im Oderbruch, aus: »Zunächst ging es ganz einfach nur um eine Kontaktaufnahme und daß die Menschen spürten, der Pastor interessiert sich auch für uns. Wenn man sich über das Lebensumfeld erkundigte, wurde einem in großer Offenheit geantwortet und die Voraussetzung war natürlich, daß der Pastor mit der Partei und dem Staat gar nichts am Hut hatte. Das war die selbstverständliche Voraussetzung, die einem entgegen gebracht wurde.«¹⁴

Die von den Pfarrern symbolisierte Andersartigkeit, die bereits aus ihrer besonderen Stellung im Berufs- und Einflußgefüge der DDR resultierte, wurde zudem oft – sowohl von Teilen der Bevölkerung als auch seitens der SED – als Ausdruck von Resistenz und Nichtübereinstimmung mit den politisch-gesellschaftlichen Verhältnissen interpretiert.

Nicht zuletzt ist vor diesem Hintergrund auf die Position zu verweisen, die der Berufsgruppe der Pfarrer in zwei von drei ostdeutschen Krisen- und Umbruchssituationen zukam. So nahmen die Geistlichen – wenn auch nicht immer als Pfarrer tituliert – in der Umbruchssituation des Herbstes 1989 eine für den Ablauf der Ereignisse nicht unbedeutende Moderatoren- und Ordnungsfunktion wahr.¹⁵ In

13 U.a.: Pfarrer wurde zur tragischen Figur. Unser Autor Pfarrer i.R. Erich Köhler über die Geschichte der Bredereicher Pfarrstelle/Teil 4, in: Märkische Zeitung. Gransee-Zeitung, 8. Jg., Nr. 201, 29./30.8.1998, S. 4; Gespräch mit Pfarrer Rabsch, Bredereiche, Kreis Templin, am 2.11.1950, Bericht der Nationalen Front, Landesausschuß Brandenburg, SAPMO-BArch, DO 4/306, p. 4–6. Zu drei weiteren Pfarrern, die in diesem Zusammenhang genannt wurden: Arbeitsbericht für Monat Februar, RdB Potsdam, Referat für Religionsgemeinschaften, vom 1.3.1953, SAPMO-BArch, DO 4/2654, p. 112.

14 Zeitzeugeninterview Propst i.R. Hans-Otto Furian, Berlin-Karow, den 28.6.1999, S. 4.

15 In der 1990 neu gewählten Volkskammer saßen im Ergebnis dieses Prozesses fünfundzwanzig evangelische Theologen (bei insgesamt vierhundert Abgeordneten), von denen dreiundzwanzig ordinierte Pfarrer waren. Hinzu kamen die Mitglieder verschiedener kirchlicher Leitungsgremien. Die Pfarrer verteilten sich wie folgt auf die Parteien und Wählergemeinschaften: SPD (11), CDU (6),